

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version
Trügerische Einigkeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1980) : Trügerische Einigkeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 6, pp. 264-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135443>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Dietrich Keschull

Trügerische Einigkeit

In der unmittelbar bevorstehenden heißen Phase des Wahlkampfes wird die Entwicklungspolitik mit großer Wahrscheinlichkeit keine große Rolle spielen. Denn alle im Bundestag vertretenen Parteien sind sich darin einig, daß die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den Industriestaaten und den Ländern der Dritten Welt vertieft werden muß, um Frieden und Wohlstand dauerhaft gewährleisten zu können. Übereinstimmung besteht auch darin, daß Entwicklungspolitik vor allem auf die besonders armen Länder und Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sein sollte und ein Strukturwandel aufgrund der wachsenden Wettbewerbsfähigkeit der jungen Staaten in den heute reichen Ländern nicht verhindert werden sollte.

Nach mehr als zwanzig Jahren scheint damit die Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit end-

gültig zu einem fest etablierten, integrierten Bestandteil einer umfassenden Wirtschafts- und Außenpolitik geworden zu sein, dessen Berechtigung nicht mehr in Frage gestellt wird. Künftige Minister der entsprechenden Ressorts werden deshalb vielleicht nicht mehr dauernd gezwungen sein, ihre Ausgaben für andere Staaten mit deren positiven Rückwirkungen auf die eigene Wirtschaft rechtfertigen zu müssen.

Voreilig wäre es allerdings, aus der Einigkeit der Parteien den Schluß zu ziehen, daß die Probleme der deutschen Entwicklungspolitik nunmehr gelöst seien. Dies gilt insbesondere nicht für den gesamten Bereich der Finanzierung. Zwar wird Entwicklung keineswegs allein durch zusätzliches Kapital bewirkt, doch stellt der Kapitalmangel nach wie vor wohl den wichtigsten Engpaß dar. Erhöhte Leistungen von seiten der Industrieländer erscheinen insofern unerläßlich. Die Bundesrepublik, die im privaten Bereich zu den bedeutendsten Finanziers gehört, ist mit ihren öffentlichen Transfers noch weit von der prinzipiell eingegangenen Verpflichtung entfernt, 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Die beiden großen Parteien vermeiden nach wie vor alle Zeitpläne, die sie auf die Erreichung dieser Zielgröße, die allenfalls eine Untergrenze für das zur Bewältigung der zukünftigen Aufgaben notwendige Finanzierungsvolumen darstellt, festlegen könnten. Dies ist angesichts der internen Haushaltsschwierigkeiten durchaus verständlich. Aber wenn die vielfältigen Erklärungen zum hohen Stellenwert der Entwicklungspolitik keine Lippenbekenntnisse bleiben sollen, wird es unvermeidlich sein, sich in diesem Punkte festzulegen. Solange die Erhöhung der Verteidigungsausgaben oder die Finanzierung der EG-Agrarpolitik höhere Prioritäten haben als eine Steige-

rung der Mittel für die Dritte Welt, muß die Politik insgesamt um ihre Glaubwürdigkeit bangen.

Ungelöst ist nach wie vor auch die Frage, inwieweit Entwicklungshilfe künftig bilateral oder multilateral vergeben werden soll. Das von der Dritten Welt angestrebte und von der Bundesrepublik weitgehend anerkannte Programm zur Neuordnung der Weltwirtschaft impliziert, daß bei wachsendem Volumen des Entwicklungshaushalts ein höherer Anteil über internationale Einrichtungen zur Verfügung gestellt wird. Dem steht auf deutscher Seite bisher die Einstellung gegenüber, den multilateralen Anteil – nicht zuletzt wegen der begrenzten Effizienz der internationalen Bürokratien – nicht wesentlich über 30 % ansteigen zu lassen. Daß die vorgeschlagenen Projekte und Programme damit auch nicht annähernd finanziert werden können, steht außer Zweifel.

Hier Lösungen zu finden, ist ebenso dringlich wie die Entwicklung geeigneter Instrumente. Noch fehlen nämlich weitgehend länder- und bevölkerungsspezifische Maßnahmen und Programme. Dies gilt insbesondere für die Maßnahmen zur Deckung der Grundbedürfnisse. Vermißt werden auch Leitlinien zur Zusammenarbeit mit Ländern, deren Bevölkerung gefördert werden sollte, deren Regierungen eine entsprechende Politik aber nicht hinreichend unterstützen.

Vorschläge für die Politik im Detail gibt es in ausreichender Zahl. Für den Erfolg der Entwicklungsbestrebungen wäre es wünschenswert, wenn die Parteien sie überprüfen und aus ihrer Sicht präzisieren. So begrüßenswert die Herausnahme der langfristig orientierten Entwicklungspolitik aus dem kurzfristigen Parteienstreit durch den Konsens im großen Rahmen ist, so sehr mangelt es bisher noch an der Abstimmung der im Konkreten notwendigen Schritte.